

Sperrfrist: Beginn der Rede

- Es gilt das gesprochene Wort -

R e d e

der Bürgermeisterin von Berlin, Senatorin Dilek Kolat,
zur Eröffnung der 64. Berliner Woche der Brüderlichkeit 2016
am 6. März 2016 in der Französischen Friedrichstadtkirche

Redezeit: 5 Minuten

Sehr geehrter Bischof Dr. Dröge,
sehr geehrter Herr Erzbischof Dr. Koch,
sehr geehrter Rabbiner Sievers (Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin),
sehr geehrte Frau Botsch-Fitterling (jüd. Vorsitzende GCJZ Berlin),
sehr geehrter Herr Schürman (ev. Vorsitzender GCJZ Berlin),
sehr geehrter Herr Streich, (kathol. Vorsitzender GCJZ Berlin),
sehr geehrter Herr Professor Christoph Markschies,
meine Damen und Herren,

zur 64. Berliner Woche der Brüderlichkeit begrüße ich Sie alle sehr herzlich und darf Ihnen auch die Grüße des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, übermitteln.

Seit 1952 wird die Woche der Brüderlichkeit bereits ausgetragen. Sie setzt damit ein eindrucksvolles und nachhaltiges Zeichen für jüdische-christliche Verständigung und religiöse Toleranz. Wenn wir jedoch an die Geschichte der gastgebenden Französischen Friedrichstadtkirche denken, dann fällt auch gleich ein weiteres Stichwort von besonderer Aktualität: Ich meine die Solidarität mit Flüchtlingen. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg begründete die Aufnahme der in Frankreich wegen ihrer Religion verfolgten Hugenotten Ende des 17. Jahrhunderts mit Mitleid für seine bedrängten Glaubensbrüder – eine Haltung, die bis heute für alle Weltreligionen konstitutiv ist.

Die Aufnahme schutzsuchender Flüchtlinge war und ist ein glanzvolles Kapitel brandenburgisch-preußischer Geschichte. Aber, wie wir alle wissen blieb die religiöse und kulturelle Toleranz in Preußen ein zweiseitiges Schwert. Friedrich II., der an die tolerante und offene Politik seiner Vorgänger gegenüber Zuwanderern und religiösen Minderheiten anknüpfte, hielt auch an der diskriminierenden Behandlung von Juden fest. Deren rechtliche Gleichstellung im 19. Jahrhundert erwies sich leider nicht von Dauer. Das nationalsozialistische Menschheitsverbrechen an den Juden wurde nicht zuletzt dadurch möglich, dass in der deutschen Gesellschaft eine verbreitete antisemitische Stimmung fortbestand.

Was lässt sich aus der Geschichte lernen? Es braucht Gesetze, um Toleranz und Emanzipation zu fördern und zu schützen. Aber wenigstens ebenso wichtig ist, ein Klima in der Gesellschaft herzustellen, das Menschen nicht wegen ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung diskriminiert, sondern ganz selbstverständlich toleriert und respektiert.

Genau darauf kommt es in diesen Zeiten an, da viele Menschen bei uns Schutz suchen vor Bürgerkrieg und Verfolgung. Wir können stolz sein auf die vielen Berlinerinnen und Berliner, die Flüchtlinge in unserer Stadt willkommen heißen, die sich auf vielfältige Weise dafür engagieren, dass sich diese Menschen hier möglichst schnell heimisch fühlen können.

Zugleich müssen wir alles dafür tun, dass fremdenfeindliche Hetzer und Aufwiegler keine Chance bekommen, ihre Hassbotschaften zu verbreiten. Der Umgang mit Flüchtlingen ist keine politische Randzone, sondern ein zentraler Bereich, auf dem das Bekenntnis zu unseren Werten aktiv gelebt wird. Wir wollen, dass Menschen, die vor Bürgerkrieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, bei uns in Freiheit und Sicherheit leben und sich unserer Solidarität gewiss sein können.

Dazu gehört jedoch auch, dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere Werte akzeptieren und respektieren. Es ist sicherlich nicht leicht, eingeübte Prägungen und Weltbilder von jetzt auf gleich abzulegen. Aber ich sage auch ganz klar: Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus haben bei uns keinen Platz. Zu einer gelungenen Integrationspolitik gehört vor allem, die Grundlagen unseres friedlichen

Zusammenlebens zu vermitteln. Und den Menschen zu zeigen, dass Respekt und Toleranz eine entscheidende Grundlage ist, um Chancen in unserer Gesellschaft zu haben.

Wir alle wissen: Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine große Herausforderung. Er ist nur zu gewinnen durch Aufklärung, durch interkulturelle Öffnung und Dialog.

Lassen Sie mich zum Abschluss einen Satz aus der Denkschrift der bekennenden Kirche an Hitler zitieren. Er ist (wie die Denkschrift selbst) 80 Jahre alt, aber von unverminderter Aktualität.

Ich zitiere: „Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung, ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.“

Das war ein ebenso wahrer wie mutiger Satz, geschrieben in einer Zeit großer Bedrängungen und Gefahren für alle, die sich gegen die menschenverachtende Ideologie des NS-Regimes stellten.

Das Gebot der Nächstenliebe: Es ist dem Christentum wie dem Judentum eingeschrieben. Es findet sein Echo in den Hadithen, den Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammeds. Dort heißt es: „Keiner von euch hat den Glauben erlangt, solange ihr für euren Nachbarn nicht liebt, was ihr für euch selbst liebt.“

Diese Botschaft ist auch für eine Stadt wie Berlin von zentraler Bedeutung. Sie zu verbreiten und zum friedentiftenden Dialog einzuladen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Woche der Brüderlichkeit.

Berlin ist der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sehr dankbar, dass sie seit mehr als sechs Jahrzehnten den Weg der Verständigung, der Toleranz des solidarischen Miteinanders geht. Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner sind ihn seither mitgegangen. Das ist ein großes Verdienst, für das ich Ihnen den Dank Berlins ausspreche.

Ich bin sicher, dass sich auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Berlinerinnen und Berliner mit Ihnen auf den Weg machen. Dafür sorgt einmal mehr das sehr vielfältige und interessante Programm, das Sie auf die Beine gestellt haben. Ich wünsche der 64. Berliner Woche der Brüderlichkeit regen Zulauf und viel Erfolg.